

Stand: 28.03.2024 12:22:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/12623

"Verbot der BIA und ähnlicher Tarnorganisationen"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/12623 vom 23.05.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/13173 des KI vom 05.07.2012
3. Beschluss des Plenums 16/13400 vom 18.07.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 18.07.2012

Antrag

der Abgeordneten **Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster**, Inge Aures, Natascha Kohnen, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Harald Schneider, **Markus Rinderspacher SPD**

Verbot der BIA und ähnlicher Tarnorganisationen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die parteiübergreifenden Initiativen der Städte München und Nürnberg zum umgehenden Verbot der NPD-Tarnorganisationen, namentlich der Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA München) und der Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg (BIA Nürnberg), zu unterstützen. Hierzu fordert der Landtag die Staatsregierung auf, die vereinsrechtlichen Möglichkeiten, wie im parteiübergreifenden Antrag der genannten Städte angemerkt, auszuschöpfen. Weiterhin soll geprüft werden, ob ähnliche Tarnorganisationen in anderen Städten und Kommunen bestehen; auch hier soll ein Verbot im Sinne des Vereinsrechts eingeleitet werden.

Begründung:

Eine erfolgreiche Strategie gegen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft muss sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel miteinander verbinden. Neben der umfassenden Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und eines öffentlichen Diskurses über die gesellschaftlichen und strukturellen Ursachen rechtsextremistischen Gedankengutes als Nährboden für rechtsextreme Organisationen sind dies von staatlicher Seite auch repressive Maßnahmen gegen rechtsextreme Parteien und Organisationen. Diese Verbote sind ein wichtiges Element, um die Organisationsstrukturen der rechtsextremen Szene nachhaltig zu schwächen und beispielsweise die Finanzierung zu erschweren.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

**Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a.
SPD, Markus Rinderspacher**

Drs. 16/12623

Verbot der BIA und ähnlicher Tarnorganisationen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Helga Schmitt-Bussinger**
Mitberichterstatter: **Dr. Manfred Weiß**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 5. Juli 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Hanisch
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster**, Inge Aures, Natascha Kohnen, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Harald Schneider, **Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/12623, 16/13173

Verbot der BIA und ähnlicher Tarnorganisationen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 3)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 54 und 97 der Anlage zur Tagesordnung, über die in einfacher Form einzeln abgestimmt werden soll, und die Nummer 98, von der ich gerade gesprochen habe, über die auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in namentlicher Form abgestimmt werden soll. Außerdem ist die Nummer 82 der Anlage von der Abstimmung ausgenommen. Das ist der Antrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Luftrettung in Westmittelfranken und im nordwestlichen Schwaben verbessern - Situation im Großraum Nürnberg nicht verschlechtern!", Drucksache 16/12753. Dieser Antrag soll zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 11 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

